

Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler

Die neoliberale Herausforderung

und der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert

Der Liberalismus veränderte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts rasant und wurde international durch neue Spannungslinien herausgefordert. Wenngleich er auch vorher vielfältige Strömungen vereinte, kam es nach 1970 in mehrfacher Hinsicht zu einer Ausdifferenzierung und Transformation. Dies gilt zunächst für die Profilierung des *sozialen Liberalismus*, der die realen Freiheitschancen des Individuums sozial zu fundieren suchte und sich, etwa in den „Freiburger Thesen“ der FDP von 1971, die Demokratisierung der Gesellschaft auf seine Fahnen schrieb. Bereits in den siebziger Jahren gewannen jedoch zweitens auch *marktliberale Ansätze* an Bedeutung, die den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsensus kritisierten, mit Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA unverkennbar an Reichweite gewannen und vor allem von ihren Kritikern als „neoliberal“ bezeichnet wurden. Währenddessen und teils in Abgrenzung dazu profilierten sich drittens auch *linksliberale Milieus* neu. Liberale Grundideen diffundierten im Zuge der „Fundamentalliberalisierung“ in die Gesellschaft,¹ aber zugleich waren es in der Bundesrepublik gerade liberale Innenminister, die zum *Schutz der „inneren Sicherheit“* im Zuge der Bekämpfung des Terrorismus Einschränkungen an rechtsstaatlichen Freiheitsgarantien vornahmen. So wurden bereits in den 1970er Jahren sowohl Datenschutz als auch Datenerfassung in der Bundesrepublik zu Projekten liberaler Innenpolitik, die das Verhältnis von Staat und Individuum zum Thema eines spannungsreichen Aushandlungsprozesses werden ließen. Dies alles sorgte einerseits für eine neuartige Präsenz liberaler Vorstellungen in Politik und Gesellschaft, andererseits verloren die Liberalen und der Liberalismus durch diese Fragmentierung an Profil.

Das Theodor-Heuss-Kolloquium 2016, das am 3.-4. November 2016 am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam stattfand, hat sich zum Ziel gesetzt, diese Veränderungen und Ausdifferenzierungen des Liberalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zwar unter vorwiegend politikgeschichtlicher Perspektive zu analysieren, dabei jedoch den Fokus über

¹ Vgl. Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002.

den organisierten Parteiliberalismus hinaus auf den seit den 1970er Jahren zu beobachtenden Wandel des Politischen überhaupt zu richten. Auf diese Weise geraten dominante Reaktionsweisen auf die Krise des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsenses, das wandelnde Verständnis von Staatlichkeit, die Rolle von Experten, die Ausformulierung und Bedeutung neuer Leitsemantiken wie „Markt“ und „innere Sicherheit“ sowie schließlich auch zeittypische Sozialfiguren wie die des „Yuppie“ in den Blick. Sie werfen die Frage auf, was überhaupt unter „Liberalismus“ im späten 20. Jahrhundert gefasst werden kann. Lässt sich so etwas wie eine „irreduzible liberale Grundausstattung“ (Michael Freedon) erkennen?

1. Siegeszug des Neoliberalismus?

Wenngleich er ältere Wurzeln hatte, gewann der Neoliberalismus seit den späten 1970er Jahren als spezifische Reaktion auf die Krise des wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsenses unverkennbar an Gewicht und überlagerte sozialliberale Strömungen. Zu den konstitutiven Merkmalen neoliberaler Politik gehört die schrittweise Entgrenzung der Logiken des Marktes und des Wettbewerbs, die, flankiert von der Forderung nach dem Rückzug des Staates, alle Lebensbereiche gleichermaßen zu erfassen und zu transformieren beginnt.² Der Entgrenzung der Marktlogik entspricht die Tendenz zur Kommodifizierung aller erdenklichen materiellen und immateriellen Güter – von der Kommunikation über die Bildung bis hin zur Gesundheit. Wenn im Zeichen neoliberaler Reformen Bürger vornehmlich als Konsumenten, Kunden und Humankapital adressiert werden, verändert auch die liberale Demokratie ihren modus operandi: Häufiger als zuvor werden seit den späten 1980er Jahren Entscheidungen, die im Parlament zu treffen wären, in Expertengremien und transnationale Institutionen ausgelagert.

Gegenüber weit verbreiteten ideengeschichtlichen Herleitungen, die den Neoliberalismus auf das Wirken prominenter Ökonomen und deren Denkschulen sowie einflussreicher Netzwerke wie der Mont Pèlerin Society zurückführen, nehmen die ersten drei Sektionen des Kolloquiums vorwiegend politische Akteure und deren wirtschaftspolitisches Handeln in den

² Vgl. David Harvey: A Brief History of Neoliberalism, Oxford/New York 2005; Thomas Biebricher: Neoliberalismus zur Einführung, Hamburg 2012; Wendy Brown: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2015.

Blick. Als besonders fruchtbar erweist sich dabei die in Sektion 1 von Frank Bösch und Wencke Meteling verfolgte deutsch-britische Perspektive vor dem Hintergrund des eigentümlich zeitversetzten Durchbruchs neoliberaler Konzeptionen in beiden Ländern: So arbeitet *Frank Bösch* in seinem Beitrag die überraschenden strukturellen Bezüge heraus, die sich im Rückblick zwischen dem Thatcherismus in Großbritannien und dem Erfolg der Grünen in der Bundesrepublik feststellen lassen. Indem beide Bewegungen von einer umfassenden Pathologisierung von Staat und Gesellschaft ausgingen, entwickelten sie, flankiert von Experten und getragen von mitunter religiös anmutenden Glaubensgewissheiten, radikale Alternativen zur Überwindung des sozialökonomischen Status Quo. Doch während die Grünen in Westdeutschland ihr politisches Projekt noch lange in der Rolle einer Oppositionspartei pflegen und betreiben konnten, geriet der Monetarismus, wie ihn Margret Thatcher als Regierungschefin seit 1979 betrieb, schon nach wenigen Jahren kompromisslosen Agierens unter Druck. In ihrem Beitrag „Statt Phoenix nur Asche“ betont *Wencke Meteling*, mit welcher Entschiedenheit Thatcher den Versuch vorantrieb, die britische Volkswirtschaft im Sinne eines vom Monetarismus inspirierten Konzepts gegen vielfache Widerstände radikal umzusteuern. Während Kritiker im In- und Ausland auf die katastrophale Bilanz der ersten Thatcher-Jahre verwiesen, neigten dogmatische Monetaristen dazu, sich in einer für den Neoliberalismus wohl insgesamt charakteristischen Weise gegen Kritik zu immunisieren, indem sie der Regierung eine falsche oder unangemessene Anwendung der reinen Lehre vorhielten.

Die zweite Sektion, die sich ganz auf die Bundesrepublik konzentriert, geht über den strukturellen Wandel des Politischen hinaus und fragt nach konkreten Konzepten wirtschaftspolitischen Handelns. Dabei fallen die zunächst als Protest- und Antipartei gegründeten Grünen ins Auge, die wie keine andere Gruppierung den Wandel des Politischen markieren und sich, wie *Dierck Hoffmann* zeigt, in den innerparteilich sehr kontrovers geführten Debatten zu einer grünen Wirtschaftspolitik durchaus neoliberalen Ansätzen annäherten. Die Zustimmung der Grünen als Regierungspartei zur Teilprivatisierung der Rentenversicherung markierte daher, so Hoffmanns These, keinen Bruch mit den sozialpolitischen Vorstellungen der Partei. Am Beispiel der von der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Helmut Kohl programmatisch betriebenen Politik der „Entstaatlichung“ kann *Thomas Handschuhmacher* plausibel machen, wie die Debatte um „Privatisierungen“ seit Mitte der siebziger Jahre an

Dynamik gewonnen und schließlich in den achtziger Jahren Züge einer „neoliberalen Verheißung“ angenommen hat. Abgesichert wurde dieses Zukunftsprojekt zum einen durch die Gedankenfigur einer „Wiederherstellung“ ordoliberaler Vorstellungen von der Rolle des Staates in der älteren Tradition eines Walter Eucken, zum andern durch die Anknüpfung an Friedrich August von Hayeks Theorem vom Wettbewerb als eines „Entdeckungsverfahrens“. Gleichwohl wurde die von Handschuhmacher analysierte Politik „Entstaatlichung“ in der Bundesrepublik von vornherein weit weniger dogmatisch betrieben als in Großbritannien, sie blieb vielfach auf halbem Weg stecken und erschöpfte sich zuweilen auch nur in Rhetorik. Damit ist die Frage aufgeworfen, inwieweit das Etikett „neoliberal“ für die bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik im späten 20. Jahrhundert überhaupt zutrifft.

Als Kernelemente neoliberaler Wirtschaftspolitik gelten im Allgemeinen Steuersenkungen und Subventionsabbau, die im Mittelpunkt der dritten Sektion stehen. *Marc Buggeln* argumentiert zum einen, dass der Regierungswechsel von 1982 nur unter dem Gesichtspunkt der Verteilungseffekte eine Neuausrichtung der Finanzpolitik bedeutete. Zum andern bestätigen seine Ergebnisse den bereits im Zusammenhang mit der Entstaatlichung erhobenen Befund: Zwar erreichte die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung in den späten 1980er Jahren eine moderate Absenkung der Steuer- und Abgabenquote, doch blieb eine entsprechende Rückführung der Staatsausgaben aus, so dass die Staatsverschuldung weiter zunahm. Von „Neoliberalismus“ oder „Marktfundamentalismus“ möchte Buggeln in Bezug auf die schwarz-gelbe Koalition daher nicht sprechen, eher von einer stärkeren Akzentuierung ordoliberaler Vorstellungen. Auch *Ralf Ahrens* findet in seinem Beitrag zur Industriepolitik liberaler Wirtschaftsminister nur wenige Indizien für eine neoliberale Praxis: Galt eine Branche als besonders zukunftssträftig, hatten auch FDP-Minister aller Wettbewerbsrhetorik zum Trotz keine Bedenken, üppige staatliche Subventionen zu zahlen und dabei branchenspezifische Konzentrationsprozesse zu fördern. Zudem blieben auch überzeugte Marktliberale wie Otto Graf Lambsdorff darauf angewiesen, den Kompromiss mit dem Koalitionspartner zu finden, die Aushandlungsprozesse innerhalb der (neo)korporatistischen Strukturen zu akzeptieren und damit die relative Pfadabhängigkeit wirtschaftspolitischen Handelns in der Bundesrepublik zu bestätigen.

In seiner thesenhaft zuspitzenden Keynote-Speech „Europäische Transformationen. Über Schocktherapien, Demokratie und Populismus nach 1989“ wendet sich *Philipp Ther* den Transformationspolitiken in Ostmitteleuropa nach 1989 und ihren politischen Folgen zu. Die Reformpolitiken, die in unterschiedlicher Intensität und zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf ökonomische Schocktherapien im Sinne des Washington Consensus setzten, hatten zwar, so Ther, makroökonomische Erfolge zu verbuchen, allerdings um den Preis hoher Arbeitslosigkeit, die z.B. in Polen bereits kurz nach der Jahrtausendwende wesentlich zum Aufstieg populistischer Parteien beitrug. Seine eigentliche Schubkraft erhielt der Populismus Ther zufolge jedoch erst durch die Weltfinanzkrise von 2008/09 und den mit ihr verbundenen Export sozialer Probleme auf dem Weg der Arbeitsmigration. Für Ther zeigt sich im Aufstieg des illiberalen Populismus die Kehrseite eines bis dahin in Ostmitteleuropa und Deutschland dominierenden Neoliberalismus, dessen technokratischer, antipolitischer Gestus die Möglichkeit politischer Alternativen leugnete.

2. Linksliberale Leitbilder

Weitgehend unberührt oder allenfalls indirekt beeinflusst von neoliberalen ökonomischen Ordnungsmodellen hat im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts der Linksliberalismus eine erstaunliche Konjunktur erfahren. „Linksliberal“ wurde zu einem Erfolgsbegriff, der die Position kritischer Intellektueller umschrieb und unabhängigen Journalismus (wie des „Spiegel“ oder der „Süddeutschen Zeitung“) adelte. Das Eintreten für Bürgerrechte, Emanzipation und zivilgesellschaftliches Engagement formierte sich zum einen vor allem jenseits der FDP in neuen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus. Neben neuen sozialen Bewegungen und Wählergemeinschaften waren es mittel- bis langfristig insbesondere die Grünen, die politisch wie lebensweltlich diesen Teil des Liberalismus aufnahmen. Gerade in Groß- und Universitätsstädten übernahmen bildungsbürgerliche Gruppen hier ein liberales Erbe, transformierten es aber markant. Zum andern traten auch im Umfeld des organisierten Liberalismus vereinzelt linksliberale Politiker und Intellektuelle hervor, die unter ausdrücklicher Berufung auf den klassischen Liberalismus dessen Bürgerrechtstradition programmatisch aufriefen und somit für bestimmte Segmente einer linksliberal gestimmten Öffentlichkeit als Projekti-

onsfiguren dienten. Entgegen der ursprünglichen Konzeption hat sich die Tagung vor allem auf Vertreter dieser Gruppe beschränkt, die ihre Außenseiterposition im organisierten Liberalismus dazu nutzten, in prominenter Weise an liberale Kernthemen jenseits marktökonomischer Erwägungen zu erinnern und diese weiterzuentwickeln.

Etwas überspitzt könnte man also von „linksliberalen Ikonen“ sprechen, deren Wirken in der vierten Sektion am Beispiel des deutsch-britischen Soziologen Ralf Dahrendorf und der FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher aus unterschiedlichen Blickwinkeln erörtert wird. In seinem Beitrag „Neoliberalismus oder neuer Liberalismus?“ zeigt *Thomas Hertfelder*, wie Dahrendorf unter dem Eindruck der krisenhaften Verwerfungen der Weltwirtschaft seit den 1970er Jahren, der Globalisierung und der ideologischen Dominanz des neoliberalen Paradigmas vor allem in Großbritannien den Versuch unternommen hat, den Liberalismus als gesellschaftliches Ordnungsmodell zu reformulieren, weiterzuentwickeln und vom Neoliberalismus abzugrenzen. Dabei weist Dahrendorfs Kritik an der keynesianischen Wachstumsökonomie samt ihrer korporativistischen Strukturen, so Hertfelder, zunächst verblüffende Analogien zur neoliberalen Kritik wie auch Berührungspunkte mit manchen Positionen des alternativen Milieus auf. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit Thatchers Kurs und der von Tony Blair verfolgten Konzeption eines „Dritten Weges“ hat Dahrendorf jedoch Argumente und Kategorien entwickelt, die es erlauben, die unterschiedlichen Schattierungen des Neoliberalismus von Positionen klassisch liberaler Provenienz zu unterscheiden. Gegenüber diesem eher programmatisch argumentierenden Beitrag wählt *Jacob S. Eder* in seiner Analyse des Agierens von Hildegard Hamm-Brücher einen Zugriff, der die öffentliche Inszenierung der prominenten Politikerin zum Ausgangspunkt nimmt: Indem sie die Bedeutung des „Vorlebens“ demokratischer Tugenden und Praktiken betonte, indem sie sich in ihrer Partei allem Widerstand zum Trotz als Zugpferd für bestimmte Wählerschichten einsetzen ließ und dabei ihr Außenseitertum bewusst pflegte, indem sie sich schließlich öffentlich als Zeitzeugin, Interpretin und Akteurin der Widerstandsbewegung „Die Weiße Rose“ inszenierte, gelang der Politikerin die öffentliche Selbstkonstruktion als „liberale Lady“, die eigentümlich mit der eher mageren politischen Erfolgsbilanz kontrastierte.

3. Rechtsstaat und „Innere Sicherheit“

Der für die Bundesrepublik vielfach konstatierten „Fundamentalliberalisierung“ der 1970er Jahre (Ulrich Herbert) stand die neue Bedeutung der „inneren Sicherheit“ gegenüber, die angesichts terroristischer Anschläge, ausländerfeindlicher Stimmungen und steigender Verbrechensbilanzen ausgerechnet liberale Innenminister auf ihre politische Agenda gesetzt und dabei einen schwierigen, von vielfachen Kompromissen gezeichneten Balanceakt vollzogen haben. Wie wurde Rechtsstaatlichkeit vor den neuen Risiken, die das späte 20. Jahrhundert so eindringlich vor Augen geführt hat, gedacht und wie wurde sie politisch verhandelt?

Zum Auftakt der fünften Sektion diskutiert *Gabriele Metzler* vor diesem Hintergrund das unterschiedliche Agieren dreier liberaler Innenminister, die durchaus unterschiedliche Akzente setzten. Hans-Dietrich Genscher, Werner Maihofer und Gerhart Baum stehen dabei für drei verschiedene Optionen, die wiederum auf drei traditionelle Spielarten des Liberalismus verweisen: So vertrat Genscher zum Schutz des Rechtsstaats die eher etatistische Linie einer Stärkung der staatlichen Behörden und ihrer Beamten, Werner Maihofer einen zunächst sozialen, dann aber auf dem Feld der inneren Sicherheit defensiv werdenden Liberalismus, der sein Heil in einer restriktiven Strafrechtsreform suchte, Baum hingegen einen Entspannungskurs und die Profilierung bürgerrechtlicher Positionen. Als gemeinsamer Kern liberalen Selbstverständnisses tritt bei allen dreien die Akzentuierung der Individualrechte, der rechtsstaatlichen Verfahren sowie der Freiheit hervor, die „im Zweifel“ Vorrang vor der Sicherheit genieße. Am Beispiel des Datenschutzes lassen sich solche Wandlungen des Liberalismus im späten 20. Jahrhunderts besonders konkret verfolgen. In seinem Papier über die „Schwierigkeiten, im Informationszeitalter liberal zu sein“ arbeitet *Larry Frohman* zunächst den Zielkonflikt zwischen den konkurrierenden liberalen Konzepten von „Datenschutz“ und „Informationsfreiheit“ heraus mit dem überraschenden Ergebnis, dass letztere in den frühen 1970er Jahren auch bei Liberalen wie Genscher noch Vorrang genoss. Er zeigt, wie in den Debatten um das Ende 1976 verabschiedete Datenschutzgesetz aus dem liberalen Kernbegriff der „Privatsphäre“ das neue Konzept der „informationellen Selbstbestimmung“ hervorging, das den Zielkonflikt jedoch kaum auflöste, zumal in den 1980er Jahren der Konflikt zwischen den Konzepten „Innere Sicherheit“ und „Datenschutz“ innerhalb der konservativ-liberalen Regie-

rungskoalition kulminierte und vielfach zu neuen Kompromissen zwang, die eher die Handschrift der CDU/CSU trugen.

4. Individualisierung und Moralisierung des Sozialen

Zur Signatur westlicher Gesellschaften des späten 20. Jahrhunderts gehört das eigentümliche Spannungsfeld, das sich zwischen Individualisierung und Moralisierung des sozialen Feldes auftut und dem die letzte Sektion der Tagung gewidmet ist. Der schon zum Topos geronnene Prozess der Individualisierung³ wird in der Regel als Indiz zunächst der Fundamentalliberalisierung, dann aber auch der Dominanz neoliberalen Denkens beschrieben, und er hat mitunter charakteristische Sozialprojektionen hervorgebracht. Einer für die 1980er Jahre besonders markanten Projektion wendet sich *Sina Fabian* in ihrer Studie zum „Yuppie-Phänomen“ zu, das sie weniger als reale Sozialfigur denn vielmehr als mediale Konstruktion fasst. Ihr Befund, dass die Konstruktion und Projektion des „Yuppie“ sich geradezu als Prototyp des neoliberalen Subjekts ausnimmt, während die Untersuchung „realer“ Yuppies zumindest in der Bundesrepublik kaum neoliberale Überzeugungen zutage förderte, mag überraschen, verweist aber auf den Projektionscharakter des Neoliberalismus überhaupt: Selbst diskursanalytisch inspirierte Arbeiten, die Neoliberalismus gerne „proteushafte“ Züge attestieren,⁴ räumen ein, dass es zwischen den verschiedenen Spielarten neoliberaler Theorie einerseits und der sozialen Praxis andererseits zu unterscheiden gilt. Neben der Individualisierung verweist vor allem die Moralisierung von Politik und Gesellschaft im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts erneut auf den eingangs erwähnten Wandel des Politischen, der die unterschiedlichen ideologischen Lager wohl in durchaus ähnlicher Weise erfasst hat. Denn es waren mitnichten nur die Grünen und das alternative Milieu, die ihre politische Agenda im Gestus einer überlegenen Moral vortrugen, auch Margaret Thatcher und die Theoretiker des Dritten Weges in Großbritannien argumentierten gerne moralisch, wenn sie gegen die Ineffizienz der Institutionen und die vermeintliche Faulheit der Bürger zu Felde zogen oder auf der Reziprozität von

³ Vgl. Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt 1994.

⁴ So z.B. Biebricher, *Neoliberalismus*; Brown, *Revolution*.

Rechten und Pflichten bestanden.⁵ In seinem Beitrag zur „Moralisierung der Märkte“ bezieht sich *Benjamin Möckel* nicht auf diese neoliberale, sondern auf die bereits in den späten 1960er Jahren einsetzende „kritische“ Variante der Moralisierung des Marktes, die prominent von der Fair-Trade-Bewegung inszeniert und vorangetrieben wurde. Möckel verweist auf die schon früh hervortretende, grundlegende Ambivalenz dieses Projektes, das einerseits Vorstellungen von Markt und freiem Handel als Vehikel zur Emanzipation abhängiger Produzenten im globalen Süden verstand, sich andererseits kritisch davon abgrenzte; insofern sieht er auch die vielfach kritisierte neoliberale „Bemächtigung“ des Fair Trade im Zuge seiner Integration in den konventionellen Konsummarkt nicht als Bruch, sondern eher als Konsequenz der in der Bewegung angelegten Spannungslinien.

Im Kontext des Tagungsthemas erinnert Möckels Beitrag zudem an die prinzipielle Polyvalenz zentraler, für den Neoliberalismus kennzeichnender Begriffe wie etwa der des „Marktes“: Nicht jede Vermarktlichung, nicht jede Privatisierung und Steuersenkung, nicht jeder Prozess der Individualisierung muss per se auf eine neoliberale Agenda verweisen, entscheidend sind vielmehr der innere Zusammenhang und die ideologische Rahmung solcher Prozesse. Der Neoliberalismus bietet einen solchen Rahmen, indem er sich die dynamische Entgrenzung von Marktprozessen als Fortschrittsverheißung auf die Fahnen schreibt und die idealtypischen Eigenlogiken von Politik, Öffentlichkeit, Gesellschaft und Ökonomie zugunsten der letzteren aufzulösen sucht.⁶ Legt man eine solche Sicht des Neoliberalismus zu Grunde, so wird man im Licht der Ergebnisse der Tagung nur begrenzt von einer neoliberalen Transformation der Bundesrepublik im späten 20. Jahrhundert sprechen können. Vielmehr erweist sich der Wandel des Liberalismus als ein Moment des Wandels des Politischen überhaupt, der im Gefolge der sozialökonomischen Krise der 1970er Jahre die Bundesrepublik seitdem prägt und mit dem Begriff des Neoliberalismus nur bedingt erfasst werden kann.

⁵ Vgl. z.B. Dominik Geppert: *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979*, München 2002, S. 310-317; Anthony Giddens: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt 1999, S. 80f; Robert Carl Blank: *From Thatcher to the Third Way. Think Tanks, Intellectuals and the Blair Project*, Stuttgart 2003, S. 81-83.

⁶ Vgl. Brown, *Revolution*, S. 15.